



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Neue Chancen für Bayerns Jugend V – Mental Health matters – psychische Erkrankungen entstigmatisieren und gezielt helfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine landesweite Kampagne zur Aufklärung und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen aufzusetzen. Inhaltlicher Fokus soll dabei auf der Prävalenz psychischer Probleme, ihrer allgemein guten Behandelbarkeit und Heilungsprognose sowie auf Anlaufstellen für Betroffene liegen.

Begleitend dazu wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, die untersuchen soll, welche psychischen Probleme und therapeutischen Bedürfnisse Jugendliche in besonderen Lebenssituationen haben – etwa Jugendliche mit Behinderung, mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus sozial schwächeren Familien oder junge queere Menschen im ländlichen Raum. Aufbauend auf den Ergebnissen der Studie sollen weitere Maßnahmen umgesetzt werden.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, zu überprüfen, inwiefern sie die Erreichbarkeit der „Nummer gegen Kummer“ oder ähnlicher Beratungs- und Hilfsangebote in Bayern auch außerhalb der bisherigen Erreichbarkeitszeiten ausweiten könnte. Das Beratungs- und Hilfsangebot sollte rund um die Uhr verfügbar sein. Hierbei soll insbesondere darauf geachtet werden, dass auch niedrigschwellige Beratung über Messenger-Dienste rund um die Uhr angeboten wird. Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Erreichbarkeit der „Nummer gegen Kummer“ bundesweit ausgeweitet wird.

Begründung:

Nicht zuletzt die Coronapandemie hat aufgezeigt, wie wichtig die Stärkung eigener Ressourcen und persönlicher Resilienz unter Kindern und Jugendlichen ist: Das Risiko für psychische Auffälligkeiten stieg während der Krise von 17,6 Prozent auf 30,4 Prozent. Kinder und Jugendliche zeigten neben psychosomatischen Beschwerden insbesondere Auffälligkeiten wie Hyperaktivität, emotionale Probleme und Verhaltensprobleme.¹ Besonders stark betroffen waren dabei Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. Berichtet wird hier von einer überproportionalen Zunahme psychischer Symptome wie Ängstlichkeit, Depressivität und Hyperaktivität sowie einer allgemeinen Einbuße an Lebensqualität.¹ Besorgniserregend ist zudem auch die geringe Inanspruchnahme professioneller Hilfe unter jungen Menschen. Zwar waren im Jahr 2017 87,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Auffälligkeiten in den letzten zwölf Monaten bei Kinder- oder Allgemeinärzten, aber nur 21,6 Prozent hatten in dieser Zeit Kontakt zu psychotherapeutischen oder psychiatrischen Behandlern. Von den Kindern und Jugendlichen mit einer diagnostizierten

¹ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/183046/9880e626ab0dfcf849ec16001538f398/kabinett-auswirkungen-corona-kinder-jugendliche-data.pdf>

psychischen Erkrankung nahm nicht einmal die Hälfte (47 Prozent) eine psychotherapeutische oder psychiatrische Behandlung in Anspruch.² Dies liegt mitunter am fehlenden Angebot an Therapieplätzen in Bayern. Wie der Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Uni-Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, Prof. Dr. med. Gerd Schulte-Körne, bestätigt, werden knapp Dreiviertel der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen zu spät oder gar nicht versorgt.³ Aber auch präventive Maßnahmen sowie niedrigschwellige Angebote sind nicht im ausreichenden Ausmaß vorhanden. Psychische Belastungen im Kinder- und Jugendalter gehen aber mit einem erhöhten Risiko für Schulabsentismus, geringem Schul- und Bildungsabschluss, erhöhtem Risiko für weitere gesundheitliche Einschränkungen und vor allem aber dem Risiko eines meist episodenhaften, chronischen Verlaufs der psychischen Störung einher.

Um die Behandlungsquoten langfristig zu erhöhen und jungen Menschen damit eine bessere Heilungsprognose zu sichern, bedarf es insofern eines stigmafreen und aufgeklärten gesellschaftlichen Umgangs mit psychischen Erkrankungen. Hierzu soll eine entsprechende Kampagne aufgelegt werden. Die gemeinsame Veröffentlichung des Gesundheits- und Sozialministeriums „MuckIMAG“ ist dabei ein wichtiger erster Schritt. Diesem müssen jedoch weitergehende Maßnahmen folgen.

Neben Kindern und Jugendlichen sind auch Menschen aus sozial schwächerem Milieu, sowie Migrantinnen und Migranten von psychischen Erkrankungen besonders betroffen.⁴ Bei Kindern in diesen Lebenslagen ist davon auszugehen, dass sie besonders betroffen sind. Es sollte daher in einer Studie näher untersucht werden, unter welchen psychischen Problemen Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenssituationen leiden und welche Besonderheiten bei der Therapie dieser berücksichtigt werden müssen. Entsprechend ist das Angebot der Hilfeleistungen auszubauen.

Angebote wie die „Nummer gegen Kummer“ stellen wichtige Stützpfeiler zur Unterstützung und Beratung junger Menschen im Umgang mit Fragen der psychischen Gesundheit dar. Psychische Probleme waren im Jahr 2020 dabei das zweithäufigste Einzelthema bei Beratungen durch die „Nummer gegen Kummer“.⁵ Allein beim Kinder- und Jugendtelefon gehen täglich rund 1 500 Anrufe ein, die Gesamtzahl der Beratungen hat sich im Jahr 2020 um 7 Prozent auf 128 524 erhöht. Insbesondere der Bedarf an niedrigschwelligen Beratungen online per Messenger-Dienst oder E-Mail ist dabei gestiegen – um 31 Prozent auf 13 689 im Vergleich zum Vorjahr.⁶ Psychosoziale Sorgen und Fragen stellen sich jedoch nicht nur innerhalb von „Behörden-Öffnungszeiten“ montags bis samstags zwischen 14 und 20 Uhr. Gerade in Krisensituationen ist eine schnelle und vertrauliche Beratung unverzichtbar und kann auch um Mitternacht notwendig sein. Ein Ausbau der Erreichbarkeit ist insofern unerlässlich, um im Bereich der psychischen Gesundheit Akuthilfe für Kinder und Jugendliche zu leisten. Bayern muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und zunächst unabhängig von der Entwicklung auf Bundesebene eine Verfügbarkeit dieses Angebots in Bayern rund um die Uhr sicherstellen. Darüber hinaus sollte die Staatsregierung auf Bundesebene eine entsprechende Entwicklung anstoßen.

² https://cache.pressmailing.net/content/4e7fdd3c-7488-416a-93e4-bccdd1f5c5c1/DPTV_Report_Psychotherapie_2020.pdf

³ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/volle-kinder-und-jugendpsychiatrien-aerzte-schlagen-alarm.SYd-JESz>

⁴ https://www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180125_bptk_update_2018_psychische_erkrankungen_bei_fluechtlingen_in_deutschland.pdf und https://www.dgppn.de/Resources/Persitent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf

⁵ <https://www.nummergegenkummer.de/wp-content/uploads/2021/04/Fact-Sheet-KJT-2020.pdf>

⁶ <https://www.nummergegenkummer.de/wp-content/uploads/2021/04/Fact-Sheet-Ueberblick-2020.pdf>